

„Und trotzdem ist eine wachsende Mehrheit für diese Waffenlieferungen“

Stand: 04.05.2022 | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Leonhard Landes**
Redakteur im Ressort Nachrichten & Gesellschaft

Seit Jahrzehnten ergründet Demoskop Matthias Jung die Meinungen der Deutschen. Im Interview erklärt er, wie eine „laute Minderheit“ eine „stille Mehrheit“ übertönen kann – und warum die Deutschen während des Ukraine-Krieges ihre Haltung geändert haben.

Am Wochenende wurde Olaf Scholz ungewohnt laut. Der Bundeskanzler schrie bei einem Auftritt in Düsseldorf gegen Demonstranten an, die Waffenlieferungen an die Ukraine mit Pfiffen und Buhrufen kritisierten. Es war eine Protestaktion, die überdecken kann, dass die Zustimmung in der Bevölkerung zu der Lieferung von Panzern und Haubitzen laut einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen in den vergangenen Wochen deutlich gestiegen ist.

Für Matthias Jung, Chef des Meinungsforschungsinstituts, sind „stille Mehrheiten (</politik/deutschland/article238519447/Meinungsforschung-Allensbach-Chefin-schaetzt-stille-Mehrheit-groesser-als-frueher-ein.html>)“ und „laute Minderheiten“ kein neues Phänomen. Im Interview spricht der renommierte Demoskop, der auch die ehemalige CDU-Chefin Angela Merkel beriet, über aufgebrauchte Menschenmengen, „erzeugte Medienereignisse“ und den Wandel der öffentlichen Meinung.

WELT: Herr Jung, Sie sind seit mehreren Jahrzehnten Meinungsforscher. Gibt es im Vergleich zu früher vermehrt eine „laute Minderheit“, die ihre Meinung sehr lautstark vertritt, und eine „stille Mehrheit“, die dahinter verschwindet?

Matthias Jung: Diese Phänomene gibt es natürlich. Ich würde wie meistens sagen, dass sich die Welt über Nacht nicht grundsätzlich verändert hat. Aber natürlich erleichtern die Rahmenbedingungen im medialen Bereich heutzutage eine solche Entwicklung. Es gibt ein klassisches Beispiel, das das wunderbar zeigt – weil es selten so genau zu ermitteln ist.

WELT: Nämlich?

Jung: Die Diskussion um Stuttgart 21. Damals wurde sehr viel, gerade auch mit bewegten Bildern, über die Proteste gegen das Bauprojekt berichtet, in der Stadt und auch im Land. Es festigte sich die Meinung, dass es eine große Mehrheit gegen Stuttgart 21 gebe, weil man immer nur diese Bilder von vielen sehr wütenden Menschen zu sehen bekam. Dann gab es eine Volksabstimmung konkret zu dieser Frage. Und es stellte sich heraus, dass sowohl in der Stadt Stuttgart bei hoher Wahlbeteiligung als auch im Land Baden-Württemberg insgesamt sich eine Mehrheit in der Bevölkerung für Stuttgart 21 aussprach. Das entsprach auch ziemlich genau den Befunden, die wir in einer repräsentativen Befragung vorher ermittelt hatten. Man sah sehr deutlich, wie eine aufgebrachte, große Zahl an Menschen einen falschen Eindruck über die Mehrheitsmeinung erzeugen kann.

WELT: Das heißt also, das Phänomen ist nicht neu. Aber wenn man in die sozialen Netzwerke guckt, entsteht dort schnell der Eindruck: Die Aufregung ist groß, und die extremen Stimmen werden auch am meisten gesehen.

Jung: Die sozialen Netzwerke begünstigen das natürlich, weil hier jeder besonders laut sein und sich auch besonders oft zu Wort melden kann. Das kann zu einem Schneeballsystem führen, indem immer wieder entsprechende Sachen wiedergegeben werden. Aber ich glaube, es greift zu kurz, das nur auf das Phänomen soziale Netzwerke zurückzuführen. Wie bei Stuttgart21 gesehen: Entscheidend ist schon auch das Bewegtbild in seriösen Medien, im SWR, in der „Tagesschau“, im „Heute Journal“, bei dem die Situation auf der Straße in Stuttgart gezeigt wird. Nicht manipulativ, aber eben auch nicht eingeordnet in den Gesamtbefund in der Bevölkerung. Wenn ich jetzt noch sehe, dass verschiedenste Medien, sei es offline oder online, sich in einem immer stärkeren Konkurrenzkampf befinden, führt das natürlich dazu, dass auffälligere Medienereignisse, um es vorsichtig auszudrücken, eine größere Chance haben, in die Berichterstattung einzugehen.

WELT: In einem offenen Brief haben sich Prominente um Alice Schwarzer

(/politik/deutschland/article238494455/Waffenlieferungen-Nuhr-kontert-Kritik-an-offenem-Brief-Die-Aufruester-halten-sich-fuer-moralisch-ueberlegen.html) gegen die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine ausgesprochen. Am Wochenende wurde Kanzler Olaf Scholz bei einem Wahlkampfauftritt ausgepiffen, als er seinen Kurs in dieser Frage erklärte. In einigen Umfragen gibt es aber durchaus eine Mehrheit für die Lieferung. Wie wichtig ist da Meinungsforschung für die Politik?

Jung: Wenn Meinungsforschung seriös und repräsentativ stattfindet, dann kann sie solche Medienereignisse korrigieren und relativieren. Ereignisse wie zum Beispiel beim Auftritt von Scholz oder was wir bei Pegida in Dresden oder auch bei Wahlkampfauftritten von Angela Merkel erlebt haben, sind organisiert. Das heißt, es sind spezielle Gruppen, die dafür sorgen, dass bei Ereignissen, bei denen sowieso Kamerateams anwesend sind, ausreichend Krawall gemacht wird und sie damit dann sicher sein können, dass sie in der Medienberichterstattung gezeigt werden. Seriöser Journalismus kann das ja nicht ausgrenzen. Aber es ist sehr oft ein erzeugtes Medienereignis von einer Minderheit, über die dann stark berichtet wird. Meinungsforschung kann, eben weil sie repräsentativ angelegt ist und alle berücksichtigt, sagen, wie denn die Mehrheitsverhältnisse wirklich sind. Das heißt natürlich nicht zwingend, dass sich Politik an solchen Mehrheitsmeinungen orientieren muss.

WELT: Eine Meinungsumfrage ist ja auch nur eine Momentaufnahme.

Jung: Die Berichterstattung aber auch. Deshalb ist es damit nicht getan. Der Prozess der öffentlichen Meinungsbildung ist ein kontinuierlicher. Ein Beispiel dafür ist gerade die Frage, ob schwere Waffen in die Ukraine geliefert werden sollen oder nicht. Hier hat sich die Einstellung in den vergangenen Wochen deutlich geändert. Daher muss die öffentliche Meinungsbildung immer in ihrer Prozesshaftigkeit beschrieben, erklärt und auch berichtet werden.

WELT: Im Politbarometer Ihres Instituts

(<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-ukraine-krieg-waffenlieferung-scholz-baerbock-habeck-100.html>), das im Auftrag des ZDF erstellt wird, lag die Zustimmung zur Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine im März bei 31 Prozent, jetzt bei 56 Prozent. Wie erklären Sie sich den Meinungsumschwung?

Jung: Da gibt es zwei deutliche Einflussfaktoren. Das eine ist die Berichterstattung über die rücksichtslose Art und Weise, wie Russland in der Ukraine Krieg führt. Und das führt andererseits dazu, dass sich die Erkenntnis breitmacht, sowohl in der politischen Führung als auch in der Bevölkerung, dass die Ukraine eine größere Unterstützung braucht, um überhaupt eine Chance zu haben, als eigenständiges, freies Land zu bestehen. Da ist es nicht nur mit Pistolen und Munition dafür getan, sondern die Ukraine muss dieser riesigen

russische Militärmaschinerie wenigstens ansatzweise etwas Äquivalent entgegensetzen können.

WELT: Bei den Kollegen von Infratest dimap im Deutschlandtrend

(</politik/deutschland/article238437781/Deutschlandtrend-Kanzler-im-freien-Fall-Olaf-Scholz-stuerzt-ab.html>) ging die Zustimmung zur Lieferung schwerer Waffen Ende April im Vergleich zur Mitte des Monats um zehn Prozentpunkte zurück, lag bei 45 zu 45. Allerdings war der Zeitraum der Befragung auch ein anderer als bei Ihrem Institut.

Jung: Das kann auch seine Ursache in der genauen Frageformulierung haben. Je nachdem mit welcher Lagebeschreibung sie die Frage einleiten, kann ein etwas anderes Ergebnis dabei rauskommen. Hier muss man sehr penibel auf eine neutrale Formulierung achten. Entscheidend ist aber immer auch der Zeitpunkt: Mit welchem früheren Datum vergleicht man das Ergebnis? Zu welchem Zeitpunkt der Debatte fand die Befragung statt?

WELT: Eine mögliche Erklärung für diesen beobachteten Rückgang in der Umfrage ist, dass kurz vorher ein Interview mit Bundeskanzler Scholz erschien, in dem dieser die Lieferung von schweren Waffen abgelehnt und vor einem Atomkrieg gewarnt hatte (</politik/ausland/article238391847/Olaf-Scholz-Und-wieder-eine-Kehrtwende-Die-Chronologie-der-deutschen-Ukraine-Politik.html>). Wie gewichtig ist so eine Aussage eines Regierungschefs für die öffentliche Meinungsbildung?

Jung: Das kann man jetzt nicht quantifizieren. Aber man sieht auch in unserem Politbarometer, dass die Menschen hier durchaus differenziert denken. Bei der Frage nach den Konsequenzen der Lieferung schwerer Waffen sagen 59 Prozent, dass die Gefahr eines russischen Angriffs auf westliche Staaten damit steigt. Und trotzdem ist eine wachsende Mehrheit in unserem Politbarometer für diese Waffenlieferungen. Die Menschen sind also nicht blauäugig, sondern sie sind sich zumindest zu einem Teil der Gefahren bewusst, und zwar nicht nur im ökonomischen Bereich.

WELT: Inwiefern kann auch eine Meinungsumfrage selbst die öffentliche Meinung beeinflussen, weil Menschen sich womöglich nach der Mehrheitsmeinung richten?

Jung: Das ist immer wieder ein wichtiger Punkt von Menschen, die Meinungsumfragen kritisieren. Entscheidend ist auf jeden Fall, dass wir eine Vielfalt an Umfragen haben, von

unabhängigen, seriösen Instituten, denn dann bleibt nicht nur eine Umfrage stehen. Aber ich glaube auch, dass die Wirkung von Umfragen stark übertrieben wahrgenommen wird. Die Kommunikation oder die Wahrnehmung von Meinungsumfragen findet nicht in einer solchen Intensität statt, wie es für eine solche unterstellte Wirkung notwendig wäre. Das fängt damit an, dass sich ein Großteil der Menschen gar nicht so sehr für Politik interessiert, erst recht nicht bei doch sehr speziellen Fragestellungen. Außerdem hat die Berichterstattung über die Aussage eines wichtigen politischen Akteurs eine viel größere Wirkung, schon allein, weil der Umfang der Berichterstattung hier größer ist.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238540117>